

# Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution von 1956

von

GYÖRGY T. VARGA

Die Sowjetunion betrachtete die ihrem Bündnissystem angeschlossenen sogenannten sozialistischen Länder als Außenbezirke ihres Reiches: Unter stabilen Bedingungen verwaltete und kontrollierte sie diese, in kritischen Situationen setzte sie Mittel der politischen oder militärischen Intervention ein. Dem entsprach auch der Charakter der ungarisch-sowjetischen Beziehungen. So entstand der Beschluß der Zentralen Leitung der Ungarischen Partei der Werktätigen (MDP) vom Juni 1953 bzw. die im Regierungsprogramm des Ministerpräsidenten Imre Nagy im Juli 1953 umrissene Wende, also die politische Neuorientierung der MDP, ebenfalls auf sowjetische Initiative und auf der Grundlage sowjetischer Interessen. Dennoch bot dieser Akt der Einmischung günstige Bedingungen für die Entwicklung der ungarischen Gesellschaft; gleichzeitig wurde damit – aus internationaler Perspektive – der erste umfassende sozialistische Reformversuch gestartet, der sich nicht mehr am Modell des Stalinismus orientierte und der, wenn auch nur in der geschlossenen Laborsituation einer Provinz, die Keime der Demokratie in sich trug. Miklos Vasarhelyi betonte zu Recht: »[...] seit Anfang der stalinistischen Herrschaft war dies der erste Fall, daß eine herrschende kommunistische Partei vor der Öffentlichkeit zugab, daß sie schwerwiegende Fehler begangen hatte, ihre gesamte politische und wirtschaftspolitische Konzeption falsch und sogar unter mehreren Aspekten schädlich gewesen war, und daß sie ihre Absicht ankündigte, grundlegende Änderungen durchzuführen.«<sup>1</sup>

Die sowjetischen Parteiführer hatten sich bereits in den letzten Lebensjahren Stalins auf Änderungen vorbereitet; nach seinem Tod veranlaßten sie radikale Änderungen in der Innenpolitik und planten auch außenpolitische Schritte von großer Tragweite. Aus großmachtpolitischem Interesse wollte die Sowjetunion die Lage in den zu ihrem Bündnissystem gehörenden Ländern stabilisieren, weil ein gefestigter Hintergrund die eigenen Positionen auch bei außenpolitischen Verhandlungen stärken konnte. Ungarn war dabei wegen seiner geopolitischen Lage besonders wichtig, weil es eine gemeinsame Grenze mit Österreich und Jugoslawien hatte, mit denen die sowjetische Führung im europäischen Raum strategische Pläne hatte.

Die sowjetische Führung hielt es anfangs für ausreichend, mit Matyas Rakosi zu verhandeln, daher wurde der Generalsekretär der MDP Ende Mai nach Moskau bestellt. Nach Rakosis Rückkehr gaben die ungarischen

---

<sup>1</sup> Vasarhelyi, Miklos: Az első meghiúsított reformkísérlet. Az 1953-as kormányprogram [Der erste verhinderte Reformversuch. Das Regierungsprogramm von 1956]. In: Medvetanc, 2-3/1988, S. 149-205, hier S. 149.

Parteiführer auf der Sitzung des Sekretariats der Zentralen Leitung der MDP gewisse Fehler zu, sprachen von negativen Erscheinungen und stellten mehrere bedeutsame Änderungen in Aussicht: die Hebung des Lebensstandards, die Einbeziehung jüngerer Kader – insbesondere aus den Reihen der »neuen« Intelligenz – »in die Führung der Partei und des Landes«, eine radikale Senkung der Zahl der Regierungsmitglieder, eine Amnestie sowie die Trennung der Ämter des Ministerpräsidenten und des Generalsekretärs der Partei durch Rakosis Rückzug vom Amt des Generalsekretärs.<sup>2</sup> Die sowjetische Führung folgte allerdings aus dem Beschluß des Sekretariats, daß Rakosi zwar bereit war, Korrekturen vorzunehmen, eine grundlegende Wende von ihm jedoch nicht zu erwarten sei. Nach dieser Vorgeschichte sah die Führung der sowjetischen Partei die Notwendigkeit, eine ungarische Delegation mit einer vorher von ihr selbst festgelegten Personalbesetzung nach Moskau zu sogenannten zwischenparteilichen Verhandlungen zu bestellen.

Die ungarische Delegation hielt sich vom 13. bis 16. Juni 1953 im Kreml auf.<sup>3</sup> Ihre Mitglieder waren: Matyas Rakosi, Ernő Gerő, Imre Nagy, Andras Hegedüs, Istvan Hidas, Bela Szalai, Rudolf Földvari und Istvan Dobi. Die sowjetische Seite war durch Malenkow, Berija, Molotow, Chruschtschow, Bulganin und Mikojan vertreten.<sup>4</sup> Die Mitglieder des Präsidiums der KPdSU hatten über die Lage in Ungarn eine übereinstimmende Meinung. Nach ihrer Ansicht sollte nicht »von Detailfragen die Rede sein, die Korrektur der politischen Richtung ist notwendig geworden, da Fehler in grundlegenden Fragen begangen wurden, und es soll auch über die Führungsfrage gesprochen werden«, so Malenkow. Bulganin hielt eine Änderung der politischen Richtung der MDP deshalb für notwendig, weil es »zu einer Katastrophe kommt, wenn wir die Lage nicht verbessern. Es ist möglich, daß ohne die Anwesenheit der sowjetischen Armee die Lage ganz anders wäre.«<sup>5</sup>

Die wichtigsten Feststellungen der sowjetischen Verhandlungspartner waren folgende: überspannte Wirtschaftspläne, übertriebenes Tempo der Industrialisierung, die schwierige Lage der Landwirtschaft (das sinkende Niveau der Viehzucht, übertriebene Maßnahmen bei den Zwangsablieferungen, die massenhaften Gerichtsurteile gegen Landwirte, die grundlose Beschleuni-

<sup>2</sup> Magyar Országos Levéltár [Ungarisches Staatsarchiv], (künftig zit.: MOL), 276, f.54, 246, ö.e.

<sup>3</sup> Das Protokoll dieser Moskauer Beratung wurde von György T. Varga veröffentlicht in: *Multunk*, 2-3/1992, S. 234-269.

<sup>4</sup> Im Protokoll ist nur die Namenliste der Teilnehmer der Sitzung vom 16. Juni angegeben, von der Sitzung vom 13. Juni sind nur die Namen der Redner bekannt. Am 16. Juni waren auch Kiseljow und Bojko (Bojkow) anwesend. Ersterer war der Budapester Botschafter der Sowjetunion, letzterer ist nicht eindeutig identifizierbar. Auf allen vier Exemplaren des Protokolls war ursprünglich der Name Bojko angegeben, auf einem Exemplar wurde dieser Name jedoch auf Bojkow korrigiert. Bojko, Wassilij Romanowitsch, war oberster Militärberater in Ungarn, dagegen Bojkow – nach mündlicher Mitteilung von Vladimir Farkas – der unmittelbare Vertreter der inneren stalinistischen Führung in Ungarn. Kiseljow und Bojko (Bojkow) haben wahrscheinlich auch an der ersten Besprechung als Beobachter teilgenommen.

<sup>5</sup> Auch die Argumentation von Berija verlangt Aufmerksamkeit: »Heute ist in Ungarn noch die sowjetische Armee anwesend, aber sie wird nicht immer da sein. Deshalb müssen wir uns vorbereiten und stärker werden, damit uns niemand schaden kann.«

gung der Kollektivierung), »gegen die Bevölkerung findet eine Welle der Repression statt«, »die ständige Säuberung in der Armee ist nicht zu dulden«. Die sowjetischen Führer fällten auch konkrete Entscheidungen, die sie pro forma als Empfehlungen bezeichneten: Matyas Rakosi sollte Generalsekretär der MDP bleiben, den Posten des Ministerpräsidenten sollte jedoch Imre Nagy erhalten; das Innenministerium und die Staatsschutzbehörde (AVH) sollten zusammengelegt werden und die Leitung dieses Ministeriums Ernő Gerő übernehmen, Istvan Bata das Amt des Verteidigungsministers usw. Die sowjetische Seite führte die Besprechungen, bei denen sie sich auf eine reiche Informationsbasis stützte, nicht nur in der gewöhnlichen groben Tonart »der Kritik unter Genossen«, sondern setzte auch die Methode der Einschüchterung ein. Zwei Mitglieder des »Vierergespans« der ungarischen Parteiführung, Mihaly Farkas und Jozsef Revai, waren überhaupt nicht nach Moskau eingeladen worden. Während der Besprechungen wurde oft und mit Nachdruck antisemitisch argumentiert: Es wurde konkret bemängelt, daß die Mitglieder des »Vierergespans« – vor allem Rakosi – verhindern würden, daß auch Ungarn in die oberste Führungsspitze kämen. So stellte Berija fest: »Es wäre richtiger, wenn der Ministerpräsident ein Ungar wäre. Genosse Stalin sagte öfter zum Genossen Rakosi, daß man die Ungarn mehr fördern sollte.« Chruschtschow meinte: »Kann man keine kollektiven Leitungsorgane mit Ungarn besetzen? Es kann doch nicht sein, daß ein Volk von 9,5 Millionen keine für die Führung geeigneten Leute hervorbringt.« Und Malenkow beanstandete, daß während der letzten Gespräche mit den sowjetischen Führern »Genosse Rakosi keinen Ungarn als seinen ersten Stellvertreter benennen konnte«.

Am 14. Juni 1953 hielt die ungarische Delegation eine Beratung ab und verfaßte die erste schriftliche Version des »Junibeschlusses«. Eine russische Übersetzung sandte sie an die Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU. Am 16. Juni – am Tag zuvor hatten die Sowjetunion und Jugoslawien erneut diplomatische Beziehungen aufgenommen – äußerten die sowjetischen Führer in einer Beratung von anderthalb Stunden ihre Auffassung, daß das Dokument zwar einen Schritt nach vorn bedeute, an zahlreichen Stellen jedoch konkretisiert und ergänzt werden müsse. Malenkow hielt sich in seinem Schlußwort zurück: »Die ungarischen Genossen [werden] in der Lage sein [...], die Beschlußvorlage auszuarbeiten, und sie werden auch genügend Kraft haben, die Fehler zu korrigieren.« Mit einem Vorwurf an Rakosi wegen seines geplanten Treffens mit dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower betonten die sowjetischen Führer schließlich die Dringlichkeit der Korrektur.

Matyas Rakosi informierte das Sekretariat der Zentralen Leitung der MDP über die Moskauer Beratungen am 17. Juni 1953. Zu seinem Bericht nahmen Ernő Gerő sowie die beiden anderen Mitglieder des »Vierergespans«, die an der Delegation nicht teilgenommen hatten, Stellung. Imre Nagy, Rudolf Földvari, Istvan Hidas und Bela Szalai schwiegen. Das Sekretariat beschloß, zwei Dokumente vorzubereiten: eines für die Zentrale Leitung und eine Version für die Öffentlichkeit. Das Dokument zur Vorlage in der Zentralen Lei-

tung sollte von einem mit Matyas Rakosi, Ernő Gerő und Imre Nagy besetzten Ausschuß ausgearbeitet werden.<sup>6</sup>

Entsprechend dem Beschluß des Sekretariats trat der Politische Ausschuß am 20. Juni zusammen. In der Diskussion meldeten sich Mihaly Farkas und Jozsef Revai erneut zu Wort, während sich Imre Nagy, Rudolf Földvari und Bela Szalai noch immer zurückhielten. Der Politische Ausschuß ergänzte den für die Beschlußvorlage zuständigen Ausschuß um Andras Hegedüs und beauftragte Jozsef Revai damit, auf der Grundlage des Beschlußentwurfs die für die Öffentlichkeit bestimmte Version aufzusetzen. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß – wie im Kreml bereits festgelegt – in der nächsten Sitzung der Zentralen Leitung Matyas Rakosi und Imre Nagy berichten sollten.<sup>7</sup>

Die durch Ernő Gerő eingereichte Beschlußvorlage diskutierte der Politische Ausschuß am 25. Juni<sup>8</sup> und nahm sie mit gewissen Änderungen an. Unter anderem wurde in das Beschlußpapier aufgenommen, daß Imre Nagy die übertriebene Kollektivierung abgelehnt hatte und deshalb aus dem Politischen Ausschuß abberufen worden war. In der Diskussion – deren Protokoll bisher nicht gefunden wurde – meldete sich also diesmal auch Imre Nagy zu Wort.

Auf der Sitzung der Zentralen Leitung am 27./28. Juni 1953<sup>9</sup> waren die Teilnehmer zahlreicher als sonst: Außer den Mitgliedern und Kandidaten der Zentralen Leitung und des Zentralen Kontrollausschusses waren auch die Abteilungsleiter und geschäftsführenden Abteilungsleiter der Zentralen Leitung, die Sekretäre der Parteiausschüsse auf Komitats- und Bezirksebene, die Mitglieder der Regierung und Istvan Dobi, der Präsident des Präsidialrates, anwesend. Zwar waren sie auf die Beschlußvorlage des Politischen Ausschusses nicht vorbereitet, doch sie nahmen sie einstimmig an. Dieser Beschluß stellte fest, daß »im Lauf der letzten Jahre die Führung der Partei unter Genossen Matyas Rakosi in ihrer politischen Zielrichtung und in ihrer praktischen Arbeit Fehler begangen hat. Diese Fehler wirkten sich ungünstig auf den Lebensstandard der Bevölkerung und nicht zuletzt der Arbeiterklasse aus, lockerten die Beziehung der Partei zur Arbeiterklasse, verschlechterten allgemein die Beziehung zwischen Partei, Staat und den werktätigen Massen und verursachten in der Volkswirtschaft große Schwierigkeiten«.

Der Beschluß sah die größten Fehler in folgenden Punkten: Erstens: Auf dem II. Kongreß der MDP von Ende Februar-Anfang März 1951 sei eine übertrieben schnelle Entwicklung der Industrie, insbesondere der Schwerin-

<sup>6</sup> MOL 276, f. 54, 248, ö.e.

<sup>7</sup> MOL 276, f. 53, 122, ö.e. – Die Stellungnahme der Mitglieder des Politischen Ausschusses wurde auch durch den einige Tage zuvor ausgebrochenen Arbeiteraufstand in der DDR beeinflusst. Nach Jozsef Harustyak sollte man »mit dem Verhalten des Feindes rechnen und die notwendigen Gegenmaßnahmen rechtzeitig veranlassen, damit es nicht zu ähnlichen Ereignissen wie in Berlin kommt«. Jozsef Revai äußerte dagegen: »Auch die Ereignisse von Berlin können uns nicht vom Aufdecken der Fehler abhalten.«

<sup>8</sup> MOL 276, f. 53,123, ö.e.

<sup>9</sup> MOL 276, f. 52,24, ö.e.

dustrie, festgelegt worden, ohne Rücksicht auf die reale Lage des Landes und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung. »In dieser verfehlten Wirtschaftspolitik zeigte sich eine Art Größenwahn; sie beinhaltete aber gleichzeitig auch Elemente des Abenteueriums, da die in übertriebenem Tempo geplante Entwicklung der Schwerindustrie des Landes zum Teil auf noch nicht vorhandene Energiequellen und Rohstoffe gegründet werden sollte.« Zweitens: Die Leitung der Partei habe die Landwirtschaft vernachlässigt. Die übertrieben schnell und zwangsweise durchgeführte Kollektivierung, das komplizierte und sich ständig ändernde System der Zwangsablieferung »verursachten bei den werktätigen Bauern Unsicherheit«. In deren Folge erreichte der Umfang des dem Staat angebotenen oder verlassenen Landbesitzes fast 10 Prozent der Anbaufläche des Landes, die damals etwa 890 000 Katasterjoch<sup>10</sup> betrug. Gegenüber reichen Bauern wurde die »Politik der Beschränkung in der Praxis durch eine Politik der Vernichtung abgelöst«. Drittens: »Die Führung der Partei vernachlässigte die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung, durch ihre falsche Politik sank der Lebensstandard.« Viertens: »die allgemeine Verbreitung von administrativen Methoden, die übertrieben hohe Anzahl der Gerichts- und Polizeiverfahren, die Willkür gegenüber der Bevölkerung.« In einem Zeitraum von drei Jahren und drei Monaten wurden gegen 650000 Personen Gerichtsverfahren durchgeführt, 387000 von ihnen wurden verurteilt. Die Polizei verhängte in einem Zeitraum von zwei Jahren und vier Monaten in 850000 Fällen eine Strafe, davon in 19000 Fällen eine Gefängnisstrafe. Daneben wurden Hunderttausende von Bauern unter den verschiedensten Vorwänden mit Geldstrafen belegt; allein wegen der Verletzung der Ablieferungspflicht wurden mehr als 400 Millionen Forint eingekommen. Ein bedeutender Teil dieser Strafen war sogar im Sinne der geltenden Gesetze und Vorschriften nicht zulässig. Ferner war eine ebenfalls große Personengruppe von Internierungs- und Zwangsaussiedlungsmaßnahmen betroffen.

Der Beschluß sah die Hauptursachen der Schwierigkeiten einerseits in der personellen Konzentration der Macht, im Mangel an kollektiver Führung und im Personenkult, andererseits in der Vermengung von Aufgaben und Funktionen der Partei und des Staates und vermerkte, daß die Regierung »zum Schatten der Parteiführung« geworden sei. Durch die cliquenartige Führung war die gesamte Macht in den Händen von lediglich vier Personen – Matyas Rakosi, Ernö Gerö, Mihaly Farkas und Jozsef Revai – konzentriert. »Es war nicht richtig, daß Genosse Rakosi der Staatsschutzbehörde (AVH) direkte Anweisungen erteilte, wie sie ermitteln sollte, welche Personen sie festzunehmen hatte und auch, daß er zur ungesetzlichen physischen Mißhandlung der Festgenommenen Befehle erteilte«, hieß es weiter.

Eine ausführliche Liste von notwendigen Maßnahmen versprach die Behebung der Fehler. Für die Industrie legte man nur Leitprinzipien fest, konkreter waren die Anordnungen, die auf dem Gebiet der Landwirtschaft empfohlen wurden. Der Zwangscharakter der Kollektivierung sollte abgeschafft

<sup>10</sup> Ein Katasterjoch entspricht 0,575 ha.

werden. Obwohl »die Produktionsgenossenschaft der Weg zum sozialistischen Aufbau des Dorfes bleibt«, sollte das Prinzip der Freiwilligkeit durchgesetzt werden. Es sollte deshalb ermöglicht werden, daß am Ende des Wirtschaftsjahres Mitglieder, die die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften verlassen wollten, austreten konnten. Weiterhin sollte »erlaubt werden, Genossenschaften auf mehrheitlichen Wunsch der Mitglieder aufzulösen«. Von den etwa 450 Millionen Forint Schulden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gegenüber dem Staat sollten 200 Millionen erlassen werden; die 400 Millionen Forint Bußgelder, die die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und einzelne Landwirte wegen Nichterfüllung der Ablieferungspflicht zu zahlen hatten, sollten in vollem Umfang erlassen werden. Die Tätigkeit der Großbauern sollte zwar weiterhin eingeschränkt bleiben, sie sollten jedoch nicht weiter behelligt werden, und auch die »Kulakenlisten« waren abzuschaffen.

Nach diesem Beschluß sollte »das Niveau der Versorgung mit materiellen Gütern in erster Linie für die Arbeiterklasse, aber auch für die Bauernschaft und für die gesamte Bevölkerung grundlegend verbessert werden«. Ebenso sollte nach Ansicht der Zentralen Leitung »die erschütterte Rechtssicherheit auf allen Gebieten und mit allen Mitteln wiederhergestellt werden«. Die Rechtsverletzungen durch Polizei, Staats- und Justizbehörden und durch die Räte waren abzustellen, eine Oberste Staatsanwaltschaft sollte geschaffen werden. Dem Parlament war eine Gesetzesvorlage über eine Amnestie zu unterbreiten, und alle diejenigen Inhaftierten waren freizulassen, die die Sicherheit des Staates, der Allgemeinheit und des Eigentums nicht gefährdeten. Auch das System der Internierungen war abzuschaffen, die Zwangsausgesiedelten sollten ihren Wohnsitz künftig frei bestimmen können.

Von den parteiinternen Verfügungen waren diejenigen über die Schaffung einer kollektiven Führung und über die Abschaffung des Personenkults am bedeutsamsten. Die Politik der Partei sollte vom Parteitag als oberstem Organ und in der Zeit zwischen zwei Parteitag von der Zentralen Leitung bestimmt werden. Daher sollten die »zur Zeit die Funktion des politischen Organs ausübenden Gremien, das Sekretariat und der Organisationsausschuß«, abgeschafft werden. Der Politische Ausschuß sollte so besetzt werden, daß er zwischen den Sitzungen der Zentralen Leitung die Partei verantwortlich lenken konnte. Das Sekretariat sollte dem Politischen Ausschuß unterstellt sein und die Durchführung der Beschlüsse kontrollieren. Das Amt des Generalsekretärs sollte entfallen und einer der Sekretäre Erster Sekretär der Zentralen Leitung werden. Weiterhin sollte sichergestellt werden, daß in den neuen Leitungsorganen die Mitglieder über alle wichtigen Fragen informiert würden und sich an der Entscheidung beteiligten.

Der Beschluß zog jedoch keine personalpolitischen Konsequenzen aus der an der Führung geübten Kritik. Matyas Rakosi und Ernő Gerő blieben weiterhin Mitglieder des Politischen Ausschusses, lediglich die beiden anderen Mitglieder des »Vierergespans«, die an der Reise nach Moskau nicht teilgenommen hatten, Mihaly Farkas und Jozsef Revai, verließen den Politischen Ausschuß, erster allerdings nur für einige Wochen. In den Politischen Aus-

schaft wurden nur ein neues ordentliches Mitglied, Rudolf Földvari, und zwei Kandidaten, Istvan Bata und Bela Szalai, aufgenommen.

Entsprechend der Entscheidung der Zentralen Leitung veröffentlichte man den Beschluß dieser Sitzung nicht. In diesem Zusammenhang ist eine Mitteilung in den Erinnerungen von Vladimir Farkas interessant: »Nach Meinung meines Vaters war die Moskauer Führung durch die Ereignisse in der DDR derart verängstigt, daß sie umgehend ein Telegramm oder einen Brief mit der Unterschrift Molotows an die in Moskau zusammengestellte neue Partei- und Staatsführung schickte mit der Direktive, auf der Sitzung der Zentralen Leitung die Kritik an der früheren Politik abzuschwächen und sie keinesfalls auf die Straße zu tragen.«<sup>11</sup>

Von der Sitzung erfuhr die Öffentlichkeit – entsprechend den damaligen Gepflogenheiten – lediglich aus einem in den Zeitungen am 30. Juni veröffentlichten Kommuniqué: Die Zentrale Leitung habe auf der Grundlage der Referate von Matyas Rakosi und Imre Nagy nach einer Diskussion »entsprechende Beschlüsse« sowie Entscheidungen in Organisations- und Personalfragen getroffen. Von den Beschlüssen über die politische und wirtschaftliche Lage und über die Aufgaben erfuhr die Bevölkerung aus der Rede des neuen Ministerpräsidenten Imre Nagy am 4. Juli 1953 im Parlament. Das Regierungsprogramm von Imre Nagy wich nicht – obwohl von Matyas Rakosi, später auch von Janos Kadar und der offiziellen Historiographie der MSzMP Gegenteiliges behauptet wurde – von dem am 28. Juni 1953 von der Zentralen Leitung der MDP verabschiedeten Beschluß ab. Die Möglichkeit einer Abweichung war bereits durch den Umstand ausgeschlossen, daß dieselbe vierköpfige Kommission Nagys Parlamentsrede billigte, von der vorher auch die Beschlußvorlage für die Zentrale Leitung ausgearbeitet worden war. Im Beschluß des Politischen Ausschusses vom 2. Juli 1953 heißt es: »Zur Genehmigung der Parlamentsrede des Genossen Imre Nagy wird vom Politischen Ausschuß eine vierköpfige Kommission gebildet. Mitglieder der Kommission sind: die Genossen Matyas Rakosi, Imre Nagy, Ernö Gerö und Andras Hegedüs.«<sup>12</sup>

Die Mitte 1953 begonnenen Veränderungen bezeichnete man fast anderthalb Jahre lang als Politik des »neuen Kurses«. In der offiziellen Geschichtsschreibung der Kadar-Zeit existierte die Periode von Juni 1953 bis Oktober 1956 nicht. Sie wurde unter den verschwommenen und pejorativen Begriff der »fünfziger Jahre« subsumiert, womit man die Zeit der MDP von 1948 bis 1956, also die Zeit des »Personenkultes«, die »Rakosi-Epoche«, bezeichnete. Nach dieser apologetischen Interpretation stand das Attribut »neu« ausschließlich der von Janos Kadar geleiteten MSzMP-Epoche zu. Auch die Interpretation von Miklos Vasarhelyi ist etwas fragwürdig: »Neben der weltgeschichtlichen Bedeutung der Revolution von 1956 verblaßt die Erinnerung an das Regierungsprogramm von 1953. Obwohl die Entfaltung und dann die

<sup>11</sup> Farkas, Vladimir: Nincs mentseg [Es gibt keine Entschuldigung], Budapest 1990, S. 380.

<sup>12</sup> MOL 276, f. 53,124 ö.e.

Erdrosselung des neuen Kurses zur organischen Vorgeschichte der 1956er Explosion gehört.«<sup>13</sup> Nach unserer Meinung konnte die Politik des »neuen Kurses« erst im Spätsommer 1954 durchgesetzt werden, und das nur für die kurze Zeit vom 15. September 1954 bis zum 1. Dezember 1954. Hinsichtlich ihrer Unterbindung ist der zweite Satz der Feststellung von Miklos Vasarhelyi zutreffend.

Die Entscheidung der Zentralen Leitung der MDP in der Sitzung vom 27./28. Juni 1953, daß ihr Beschluß nicht veröffentlicht wird, sondern die Änderungen als Regierungsprogramm bekanntgegeben werden, war für die Öffentlichkeit schwer – oder überhaupt nicht – nachvollziehbar, sie verursachte nur Verwirrung und Unsicherheit. Da die Bekanntgabe im Rahmen des Regierungsprogramms erfolgte, ergaben sich fast automatisch weitere Inkonsequenzen: Während der Beschluß der Zentralen Leitung im Zusammenhang mit der Führungsrolle der Partei die Verantwortung der Leitung für die begangenen Fehler betonte, konnte die Rede von Imre Nagy, da sie aus einer »staatlichen Position« gehalten wurde, die Verantwortung der Parteiführung nicht behandeln und deshalb die Fehler nur kurz erwähnen. Gleichwohl begann die neue Regierung ihr Programm mit einem kurzen Lob der bisherigen Leistungen. Da die Veränderungen also auf diese Weise angekündigt wurden, konnte sich Nagy nicht auf die Selbstkritik der Partei beziehen, auch nicht auf den Beschluß vom Juni. Er konnte nur feststellen, daß die Regierung ihre Arbeit weiterhin »nach den Prinzipien der MDP fortsetzt«. Dazu kam noch der völlig unübliche und den Parteiapparat verwirrende Umstand, daß die Änderungen nicht von dem Generalsekretär der Partei und bisherigen Ministerpräsidenten, »von Stalins bestem ungarischen Schüler«, von dem durch die Propaganda als unfehlbar dargestellten Matyas Rakosi angekündigt wurden.<sup>14</sup> Zusammengefaßt: Die erwähnten Faktoren – die nur geringen personellen Änderungen in der Parteiführung, die Nichtveröffentlichung des Beschlusses der Zentralen Leitung, die Umstände der Ankündigung der geplanten Veränderungen – waren nicht geeignet, der Öffentlichkeit plausibel darzustellen, daß eine Wende erfolgen sollte, sondern verursachten im Gegenteil Ratlosigkeit und Verwirrung in der Partei sowie im Staats- und Verwaltungsapparat.

Es steht allerdings fest, daß – laut einem zusammenfassenden Bericht über die Komitate Jasz-Nagykun-Szolnok, Somogy, Veszprem, Komarom-Esztergom, Heves und Szabolcs-Szatmar – weite Kreise der erniedrigten und eingeschüchternen Bauern sofort zu neuem Selbstbewußtsein erwachten: Sie betrachteten das neue Regierungsprogramm als ein durch die Juni-Ereignisse in der DDR – durch den »Berliner Aufstand« vom 17. Juni – erzwungenes Nachgeben und forderten in mehreren Gemeinden die Auflösung der Kollektivwirtschaften. Anderenorts beriefen sie unverzüglich Mitgliederver-

<sup>13</sup> Vasarhelyi, a.a.O., S. 150.

<sup>14</sup> Petö, Ivan/Szakacs, Sandor: A hazai gazdaság negy evtizenedek története. 1945-1985. Vol. 1: Az ujjaepites es a tertvatasitasos iranyitas idoszaka 1945-1968 [Die Geschichte von vier Jahrzehnten der heimischen Wirtschaft. 1945-1985. Bd. 1: Die Periode des Wiederaufbaus und der planwirtschaftlichen Lenkung 1945-1968], Budapest 1985, S. 244f.



sammlungen der Genossenschaften ein und besprachen die Möglichkeiten eines Austritts oder der Auflösung. Die aufkeimende Hoffnung führte in einigen Dörfern zur zügellosen Freude: So in Gölle im Komitat Somogy, wo fast ein Drittel der Bevölkerung mehrere Tage betrunken war. Zu einer ähnlichen Freudenkundgebung kam es auch in Fegyvernek im Komitat Szolnok unter Beteiligung nicht nur der reicheren Bauern, sondern auch der armen Bevölkerungsschichten und des Parteisekretärs.<sup>15</sup> Abgesehen davon, daß die Arbeiterschaft nicht wußte, womit sie zu rechnen hatte, und die Intellektuellen zwar aufatmeten, aber abwartend und skeptisch blieben, hielten diese Hoffnungen kaum eine Woche an. Dann wurde die Entwicklung der ungarischen Innenpolitik erneut durch ein innenpolitisches Ereignis in der Sowjetunion bestimmt. In der Sitzung des Politischen Ausschusses der MDP am 9. Juli berichtete Matyas Rakosi an erster Stelle »über die Entlarvung des imperialistischen Agenten Berija«<sup>16</sup>, also über die neueste Entwicklung in der Führungsspitze der KPdSU. Berija stand bekanntlich auf der Seite von Imre Nagy und konnte Rakosi persönlich nicht leiden.

Der entsprechende Beschluß des Politischen Ausschusses versicherte dem ZK der KPdSU volle Solidarität und stellte unter anderem fest, daß man »in unserer Partei die Wachsamkeit noch erhöhen sollte.« Auf derselben Sitzung beschloß der Politische Ausschuß, für den 11. Juli 1953 eine Aktivtagung des Budapester Parteiausschusses einzuberufen unter Einbeziehung derjenigen Personen, die am 27./28. Juni an der Sitzung der Zentralen Leitung teilgenommen hatten. Das Referat sollte laut einer Entscheidung der Zentralen Leitung Matyas Rakosi halten, wobei ein aus Matyas Rakosi, Imre Nagy, Ernő Gerő und Andras Hegedüs bestehender Ausschuß die Endfassung des Referates verabschieden sollte. Die Zentrale Leitung bestimmte auch, daß sich nach dem Referat Imre Nagy als erster zu Wort melden sollte.

Es gibt keine Hinweise darauf, welche Informationen und Instruktionen die ungarische Parteiführung aus Moskau erhielt. Es ist jedoch zu vermuten, daß Rakosi und andere »Moskowiter« wie Gerő und Revai aus dem Sturz Berijas die Schlußfolgerung ableiteten, daß die Spitze der KPdSU keineswegs so einheitlich ist, wie sie sich noch Mitte Juni 1953 präsentierte, und daß sie zur Weiterführung der alten Politik der MDP über einen größeren Spielraum verfügen, ohne befürchten zu müssen, deshalb zur Verantwortung gezogen zu werden. Jozsef Revai – der »Chefideologe« der ungarischen Partei, der seit der Sitzung der Zentralen Leitung Ende Juni nicht mehr Mitglied im Politischen Ausschuß war – schrieb aus einem Erholungsheim der Partei in Dobogókő einen Brief an Rakosi.<sup>17</sup> Nach Revai sei es »eine Existenzfrage, daß die Rede [Rakosis] klare und scharfe Antworten auf die Zweifel und Fragen in der Partei und im Proletariat gibt«. Es solle betont werden, daß die allge-

<sup>15</sup> Barla Szabo, Ödön: Gazdaságpolitika es gazdasági fejlődés az MDP KV 1953. Juniusi ülése után [Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung nach der Sitzung der Zentralen Leitung der MDP im Juni 1953]. In: Parttörténeti Közlemények 2/1981, S. 10f.

<sup>16</sup> MOL 276, f. 53,125, ö.e.

<sup>17</sup> MOL 276, f. 65,41, ö.e. – Der handschriftliche Brief ist undatiert, wurde aber nachweislich vor der Konferenz des Budapester Parteikommitees geschrieben.

meine Richtlinie der Partei zum Aufbau des Sozialismus sich nicht ändere. »Es soll die Auffassung liquidiert werden, daß [...] die vergangenen Jahre als ein einziger großer Fehler zu betrachten sind. Man soll aussprechen, daß die Partei und die Arbeiterklasse sehr wohl etwas Großartiges geschaffen hatten und darauf stolz sein können.« Man solle auch mitteilen, daß die Partei den Mitgliedern der Genossenschaften nicht empfehlen könne, auf den privatwirtschaftlichen Weg zurückzukehren. Nach Revai sollte zwar erklärt werden, daß die Behelligung der Bevölkerung unterbunden werde, »aber die Partei und die Arbeiterklasse sollte man zur erhöhten Wachsamkeit und Kampfbereitschaft aufrufen, da der Klassenfeind (innen wie außen) sich aktivieren wird und sich jetzt schon aktiviert und versuchen wird, die Korrektur unserer Fehler auszunutzen, uns zur Restauration der bürgerlichen Demokratie zu drängen«. Revai schloß seinen Brief mit der Forderung, daß man die Parteiführung verstärken sollte, »ohne daß etwas offen rückgängig gemacht wird. Ich möchte das ›Vierergespann‹ nicht wiederherstellen, im Gegenteil! Aber ich befürchte, daß sich die operative Führung der Partei, wie sie heute besteht, als zu schwach erweist. Und heute ist es entscheidend, daß die Partei eine feste, starke Führung spürt.«

Die Konferenz der Parteiaktivisten von Budapest trat im Gebäude der Baugewerkschaft zusammen, wo jahrzehntelang auch die Parteikongresse stattfanden. Die Parteizeitung *Szabad Nep* (Freies Volk) berichtete am 11. Juli 1953 sowohl von diesem Ereignis als auch über die Verhaftung Berijas. Die Parteifunktionäre konnten den alten Rakosi hören: Monoton und beiläufig sprach er von Fehlern, entsprechend dem kommunistischen Partieritual übte er formell Selbstkritik, verherrlichte jedoch demagogisch die »Errungenschaften«: Die Kollektivierung der Landwirtschaft und die neuen Anlagen der Schwerindustrie, an deren schädlichen Folgen Ungarn bis zum heutigen Tag zu tragen hat. Treffend charakterisieren die Rede Rakosis Bemerkungen wie: »der Kulak bleibt Kulak, mit oder ohne Liste,« oder: »wir werden die gewachsenen Hörner abbrechen«. Entgegen dem Beschluß der Zentralen Leitung enthielt die Rede Rakosis nicht eine generelle Richtungsänderung, sondern nur eine Kurskorrektur. Damit eröffnete sie die Möglichkeit unterschiedlicher Interpretationen des Beschlusses, auch die – als getarntes strategisches Ziel – einer eventuellen erneuten politischen Kehrtwende.

Imre Nagy betonte in seinem gezwungenen und kraftlosen Beitrag die Parteieinheit und erhielt kaum Echo. Aus seinem Beitrag konnte man schließen, daß die Macht in Rakosis Hand geblieben war. Später deutete Imre Nagy die Rede Rakosis als Signal für den Parteiapparat zum Widerstand gegen den Beschluß vom Juni bzw. gegen die Regierung: »In der Führung der Partei und im Parteiapparat existierte von Anfang an eine verzerrte, antimarxistische Deutung der Beschlüsse vom Juni, der Hauptvertreter dieser Richtung war Matyas Rakosi. Kaum zwei Wochen nach der Junisitzung der Zentralen Leitung versuchte er am 11. Juli 1953 auf der Sitzung des Budapester Parteiaktivs, die Beschlüsse in aller Öffentlichkeit zu verfälschen, ihre Bedeutung und die Tiefe der Wende zu verflachen und zur alten Politik

zurückzukehren. Diese Rede war ein Signal zum Widerstand, und trotz ihrer Phrasen und Selbstkritik verdeutlichte sie, daß der Parteiapparat nicht hinter dem Regierungsprogramm stand. Die spätere Haltung des Parteiapparats zeigte, daß seine Mitglieder das Signal verstanden hatten und sich entsprechend verhielten.«<sup>18</sup>

Trotz der Behinderungsmanöver des Parteiapparates konnte die Regierung unter Imre Nagy auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Justiz zahlreiche wichtige Verfügungen treffen. Sie können in drei Gruppen eingeteilt werden:

- wirtschaftspolitische Änderungen in der Verteilung des Nationaleinkommens, auf dem Gebiet der Investitionen und in der Landwirtschaft;
- politische Maßnahmen zur Minderung der gesellschaftlichen Spannungen (Senkung der Verbraucherpreise, Lohnerhöhungen), zum Teil auch zur Erhöhung des Anreizes zur Produktion in der Landwirtschaft durch Senkung der Abgabenbelastung der Bauern;
- Rationalisierung und Abbau des aufgeblähten Verwaltungsapparats zur Entlastung des Staatshaushalts.<sup>19</sup>

Wichtigstes Element in der Wirtschaftspolitik des »neuen Kurses« war die Priorität der Agrarpolitik. Die Erklärung dafür ist, daß die notwendigen Schritte zur Hebung der Produktion in der Landwirtschaft als überschaubar erschienen: Ein Vorbild dazu bot die auf den Kriegskommunismus in der Sowjetunion folgende neue Wirtschaftspolitik Lenins. Für die Umstellung der Industrieproduktion stand dagegen kein theoretisches oder praktisches Modell zur Verfügung. »Eine Folge davon war, daß in der Industrie die im Sinne einer veränderten Wirtschaftspolitik gedachten Maßnahmen mit den bisherigen Leitungsmethoden – also mit zentralistischen Anordnungen – durchgeführt wurden, es aber auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu einer Wende kam. Die in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 getroffenen Verfügungen bauten eindeutig auf die Interessenlage der Produzenten. Oder wie man später sagte: Anstatt mit Anweisungen wollte man die zentralen Vorstellungen mit wirtschaftlichen Regulativen verwirklichen.«<sup>20</sup>

Mit dem neuen Stellenwert der Agrarpolitik wurden auch die Produktionsgenossenschaften aufgewertet. Die bisherigen Erfahrungen konnten die Bauern nicht von den Vorteilen der Kollektivierung überzeugen, die Austritte nahmen nach der Verkündung des Regierungsprogramms zu. Die Regierung traf zahlreiche Maßnahmen, um den Zerfall der Genossenschaften zu verlangsamen bzw. zu verhindern. Obwohl sie den Leistungswillen der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung heben wollte, gewährten ihre Verfügungen den Genossenschaften wesentlich größere Vorteile als den Privatwirtschaften. Ende September und Anfang Oktober 1953 wurden Erlasse über die Bedingungen des Austritts aus den Genossenschaften und über ihre

<sup>18</sup> Nagy, Imre: A magyar nép vedelmében. Vitairatok es beszedeik. 1955-1956 [Zur Verteidigung des ungarischen Volkes. Streitschriften und Ansprachen. 1955-1956], Paris, 1984, S. 14.

<sup>19</sup> Pető/Szakacs, A hazai, a.a.O., S. 247.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 250.

Auflösung herausgegeben, die die privaten Landwirte benachteiligten. Die lokalen Behörden verschärfte in der Praxis gewohnheitsmäßig die zentralen Erlasse noch mehr. Nach weiteren – 1954 erlassenen – Anordnungen der Regierung gingen Austritte wie Auflösungen stark zurück, und es gab Anzeichen für eine Stabilisierung der Genossenschaften.<sup>21</sup>

Die versuchte Strukturveränderung in der Industrieproduktion hatte dagegen keinen Erfolg. Die Spannungen in der Wirtschaft blieben oder verstärkten sich. 1954 traten sogar neue Probleme auf, die dringend gelöst werden mußten. Für die Verwirklichung der Jahrespläne bestanden keine guten Aussichten, die Außenhandelsbilanz war ungünstiger als erwartet, das Warenangebot konnte mit der Zunahme des Geldumlaufs nicht Schritt halten, und es gab Rückstände in der Pflichtablieferung. Viele Leiter in der Industrie, vor allem in der Schwerindustrie, meinten, daß aus der Sicht ihrer Wirtschaftseinheiten die Einstellung bzw. Verlangsamung der Investitionen nachteilig sei. »Diese Bestrebungen der unmittelbaren Empfänger der Investitionen, der Betriebsdirektoren und der Leiter der Industrieverwaltungen, fanden Unterstützung im Landesplanungsamt und bei ihren Vorgesetzten in den Ministerien, die ähnlich dachten. Noch bevor sich die Ansichten in der obersten Führung polarisierten, entstand deshalb in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Interessengruppierung, die sich gegen die offizielle Wirtschaftspolitik auflehnte und über relativ großen Einfluß verfügte.«<sup>22</sup>

Bevor wir den entscheidenden Kampf in den höheren Regionen der Politik nachzeichnen, müssen wir aber noch über einige Entwicklungen in der Justiz nach dem Juni 1953 berichten. Auf diesem Gebiet konnte die Regierung in kurzer Zeit wichtige Verfügungen erlassen. Am 23. Juli wurde der Regierungserlaß Nr. 73/1953 über die Aufhebung der Aufsicht des Innenministers über die lokalen Räte bekanntgegeben. Am 25. Juli erschien die Gesetzesverordnung des Präsidialrates Nr. 11/1953 über eine allgemeine Amnestie. Sie bezog sich auf politische Straftaten mit einem Strafmaß unter zwei Jahren. Ausgenommen waren Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen das Volk, gegen die volksdemokratische Staatsordnung und zum Sturz der Volksrepublik sowie Landesverratsfälle. Am 26. Juli folgte der Beschluß des Ministerrats Nr.

<sup>21</sup> Abnahme der Zahl der Mitglieder und des Landbesitzes der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 30. Juni 1953 bis zum 31. Dezember 1954. (Nach Petö/Szakacs, A hazai, a.a.O., S. 257):

	Stand am 30.06.1953	Abnahme bis 31.12.1953	Abnahme 1954	Stand am 31.12.1954
Anzahl der Genossenschaften	5225	688	255	4282
Anzahl der Mitglieder (in Tausend)	376	126	20	230
Landbesitz (in tausend ha)	1620	477	61	1082

<sup>22</sup> Petö/Szakacs, a.a.O., S. 264.

1034/1953 über die Einstellung der Internierung und der Zwangsaussiedlungen. Am 30. Juli bestimmte die Gesetzesverordnung des Präsidialrates Nr. 13/1953, daß die Einhaltung der »Gesetzlichkeit« vom Generalstaatsanwalt, der vom Parlament gewählt und dem Parlament verantwortlich war, überwacht werden sollte. Die zu bildenden Staatsanwaltschaften sollten von den Behörden der lokalen Selbstverwaltung unabhängig sein.

Laszlo Piros, der erste Stellvertreter des Innenministers, stellte auf Bitten von Imre Nagy die Daten der Amnestie-Erlasse in einem Bericht zusammen.<sup>23</sup> Danach waren insgesamt 758611 Personen betroffen.

1. Personen, die aufgrund der Amnestie aus dem Gefängnis entlassen wurden:	
aus Zivil- und Militärgefängnissen	15761
aus den Internierungslagern der Polizei	478
aus den Internierungslagern des Staatsschutzamtes (AVH)	5075
Minderjährige aus Anstalten des Innenministeriums	654
zusammen	21968
2. Personen, für die andere freiheitsbeschränkende Maßnahmen aufgehoben wurden:	
in Hortobagy <sup>24</sup> Festgehaltene (zusammen mit minderjährigen Familienmitgliedern)	7281
aus Budapest an einen vorgeschriebenen Wohnort Ausgesiedelte	13670
aus anderen Städten Zwangsausgesiedelte	1194
zusammen	22145
3. Personen, die von der Amnestie betroffen waren durch:	
Aufhebung von Geldstrafen der Strafgerichte	21181
Aufhebung von Verwaltungsstrafbescheiden bzw. Verfahrenseinstellung	640534
Verfahrenseinstellungen bei Strafgerichten	21141
Einstellung von Ermittlungsverfahren bei Staatsanwaltschaft und Polizei	7646
Aufhebung der Vollstreckung durch Strafgerichte	11591
Erlaß von einem Drittel der Strafe durch Strafgerichte	547
Aufhebung der Polizeiaufsicht	570
Aufhebung der Verpflichtung zu Erziehungsmaßnahmen	2574
zusammen	709784
4. Gefangene Personen, bei denen die Amnestie durch Erlaß eines Drittels bzw. der Hälfte der verhängten Strafe nach dem 1. Oktober wirksam wurde:	
in Zivilgefängnissen	3573
in Militärgefängnissen	1141
zusammen	4714

<sup>23</sup> MOL 276, f. 65, 184, ö.e.

Merkwürdigerweise blieben die Gefängnisse – nach den Daten von 1955 – auch nach dieser Amnestie überfüllt!

Die ehemals Internierten und Zwangsausgesiedelten waren nach der Amnestie mit neuen Problemen konfrontiert. So wurden nach der Auflösung der Internierungslager viele von ihnen vor Gericht gestellt und verurteilt. Einen außerordentlich aufschlußreichen Hinweis hierzu enthält die als geheim eingestufte Mitteilung von Ernő Gerő an Laszlo Piros vom 11. Juli 1953: »[...] aus den Internierten müssen diejenigen ausgesucht werden, die dem Gericht zu übergeben und zu verurteilen sind.« Gerő machte in diesem Schreiben seinen ersten Stellvertreter darauf aufmerksam, daß hiervon in der Durchführungsbestimmung keine Rede sei, und er dies auch Jozsef Györe, dem stellvertretenden Innenminister, nicht mitgeteilt habe.<sup>25</sup>

Am 8. Mai 1954 schickte der stellvertretende Justizminister Kalman Kovacs eine Meldung an Matyas Rakosi<sup>26</sup>, in der er berichtete, daß zahlreiche ehemals zwangsausgesiedelte und internierte Personen Rückerstattungsprozesse anstrebten. Die Mehrzahl dieser Ansprüche richtete sich auf Rückgabe oder Ersatz des verlorengegangenen Mobiliars. Es wurden auch Klagen erhoben gegen die staatliche Gesellschaft für Immobilienverwaltung mit der Begründung, daß die bei der Zwangsausiedlung beschlagnahmte Wohnung Eigentum des Zwangsausgesiedelten war. In anderen Prozessen forderten die Zwangsausgesiedelten Ersatz wegen Wohnungskündigung, und in einigen Fällen erstatteten sie sogar Strafanzeige.

Das Justizministerium wies die Gerichte an, solche Klagen mit der Begründung abzuweisen, daß es sich um Amtshandlungen gehandelt habe, so daß Ansprüche bei den staatlichen Verwaltungen geltend zu machen seien. Das Oberste Gericht fällte am 12. Mai eine Grundsatzentscheidung, wonach die erwähnten Ansprüche nicht auf dem Gerichtsweg zu regeln seien. Auf Weisung des Generalstaatsanwalts berücksichtigten die Staatsanwaltschaften diesbezügliche Strafanzeigen nicht bzw. leiteten keine Gerichtsverfahren ein. Sie sorgten auch dafür, daß die Anwaltskammern den Anwälten die Vertretung solcher Ansprüche untersagten und gegen Anwälte, die die Vertretung solcher Klagen übernahmen, Disziplinarverfahren einleiteten. Die Internierten und Zwangsausgesiedelten durften auch ihren alten Arbeitsplatz nicht zurückerhalten, sie durften ihren ursprünglichen Beruf nicht ausüben und nicht an ihren früheren Wohnort zurückkehren. Es ist erwähnenswert, daß das Sekretariat der Partei am 5. April 1951 einen Beschluß verabschiedete, wonach die Niederlassung oder Ansiedlung in Budapest an eine Genehmigung gebunden war.<sup>27</sup> Diese Beschränkung hob der Politische Ausschuß erst am 7. September 1956 auf.<sup>28</sup>

<sup>24</sup> Hortobagy, einstige Grassteppe östlich der mittleren Theiß. In dieser kargen Landschaft befanden sich Zwangsarbeits- und Internierungslager.

<sup>25</sup> MOL 276, f. 66, 42, ö.e.

<sup>26</sup> MOL 276, f. 65, 41, ö.e.

<sup>27</sup> MOL 276, f. 54, 137, ö.e.

<sup>28</sup> MOL 276, f. 53, 102, ö.e.

1954 begann die Rehabilitierung der in den Schauprozessen Verurteilten. Die Verbreitung von Informationen, die bis dahin zurückgehalten worden waren, beeinflusste im Sommer und Herbst 1954 sehr stark die öffentliche Meinung und die allgemeine Stimmung, die sich zur gleichen Zeit auch wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und wegen der Rationalisierungsmaßnahmen in der Wirtschaft zunehmend verschlechterte. Imre Nagy und seine Anhänger erreichten im Sommer und Frühherbst 1954 nach harten politischen Auseinandersetzungen die Annahme der Konzeption des »neuen Kurses«. Auseinandersetzungen fanden hauptsächlich auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Genossenschaftspolitik statt. Das Vorgehen bei der politischen Rehabilitation behielten Rakosi und Gerö in der Hand, und da weder sie noch sowjetische Politiker an Enthüllungen interessiert waren, die sie selbst betrafen, fand auf diesem Gebiet nur ein latenter politischer Kampf statt. Diese Lage charakterisiert am besten ein Beschluß des Politischen Ausschusses vom 6. Oktober 1954: »Der Politische Ausschuß bevollmächtigt Genossen Matyas Rakosi, daß er bei Gelegenheit mit dem zuständigen Vertreter der KPdSU bespricht, auf welche Weise sie die Überprüfung des Rajk-Prozesses für zweckmäßig halten.«<sup>29</sup>

Am 2. Juli 1954 beschloß der Ministerrat umfangreiche Einschränkungen bei den Investitionen für das laufende Jahr. Eine Meldung des Sekretariats des Ministerrats vom 19. Juli bestätigte, daß die Leiter der Ministerien – mit Ausnahme des Gesundheitsministeriums – den Beschluß nicht durchführten. Der Ministerrat stellte in der Sitzung vom 23. Juli unter Vorsitz von Imre Nagy fest, daß die von den Ministern zu verantwortende Nichtdurchführung oder verspätete bzw. mangelhafte Durchführung der Anweisungen »eine ernste Gefahr für die Verwirklichung der vorgenommenen Ziele hinsichtlich der ungestörten Versorgung der Bevölkerung im zweiten Halbjahr bedeutet«.<sup>30</sup>

Imre Nagy nahm anschließend Urlaub, und der Politische Ausschuß verabschiedete in Abwesenheit von vier ordentlichen Mitgliedern (Imre Nagy, Lajos Acs, Mihaly Farkas und Istvan Hidas) am 28. Juli 1954 putschartig eine dem Beschluß des Ministerrats widersprechende Entscheidung. Danach sollte zur Verminderung der Auslandsverschuldung auf Kosten des Verbrauchs der Bevölkerung ein Exportüberschuß erzielt werden. Weiterhin gründete man, um einen unverzüglichen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik herbeizuführen, einen operativen Ausschuß. Vorsitzender dieses wirtschaftspolitischen Ausschusses wurde Ernö Gerö, stellvertretender Vorsitzender Bela Szalai, Sekretär Istvan Friss, Andras Hegedüs, Jozsef Mekis, Karoly Olt, Zoltan Vas und Laszlo Hay wurden Mitglieder.<sup>31</sup> Ernö Gerö signalisierte den Leitern des Staatsapparates sogar, daß nach den am 3. August 1954 unter seinem Vorsitz zustande gekommenen Beschlüssen des Ministerrats die Änderung der Wirtschaftspolitik eindeutig im Widerspruch zum Re-

<sup>29</sup> MOL 276, f. 53, 197, ö.e.

<sup>30</sup> Darüber ausführlicher bei Barla Szabo, *Gazdasagpolitika*, a.a.O., S. 33-34.

<sup>31</sup> MOL 276, f. 53, 187 ö.e.

gierungsprogramm von Imre Nagy stehe. Auf dieser Sitzung wurden die Arbeitsgebiete zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrats und seinem Stellvertreter neu verteilt: Die Aufsicht über die Wirtschaftsministerien erhielt Ernő Gerő, bei Imre Nagy verblieb nur die Aufsicht über die Landwirtschaft. Der dem Politischen Ausschuß unterstellte Wirtschaftspolitische Ausschuß bestätigte in der ersten Augushälfte Anordnungen, die zur Verminderung der Einkünfte der Bevölkerung die indirekten Beihilfen zum Lebensunterhalt aufhoben oder senkten. So wurden die Beihilfe zur Verpflegung während der Arbeitszeit, die bezahlte Mittagspause und die kostenlose Arbeitskleidung gestrichen, die Ausgaben für Einrichtungen der Sozialfürsorge, der Kultur und des Sports gesenkt sowie ein von den Beschäftigten bezahlter Rentenversicherungsbeitrag eingeführt.

Auf der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses vom 4. September 1954 dehnte man die im zentralen Staatsapparat im Frühjahr 1954 begonnenen Rationalisierungsmaßnahmen auch auf die Beschäftigten der Industriebetriebe und der Genossenschaften aus. Mit der Begründung, im Jahr 1955 die Investitionen senken zu wollen, plante man für 1954 die Entlassung von sechzigtausend, für 1955 von weiteren fünfzigtausend Personen und erwog die Umsetzung von weiteren etwa sechzig- bis achtzigtausend Arbeitnehmern auf andere Arbeitsgebiete. In der Frage der Herstellung des Gleichgewichts zwischen Kaufkraft und Warenmenge konnte der Ausschuß keine einheitliche Stellung beziehen. Am 13. September 1954 wurde deshalb beschlossen, die Lösung der wirtschaftlichen Fragen zu verschieben, da man sich in der Frage der die bäuerliche Kaufkraft und die landwirtschaftliche Produktion entscheidend beeinflussenden Preispolitik nicht einigen konnte.<sup>32</sup>

Ernő Gerő konnte folglich im Politischen Ausschuß trotz der Abwesenheit von Imre Nagy seinen Willen nicht durchsetzen. Auf der Sitzung vom 25. August 1954<sup>33</sup> stellte zum Beispiel Mihaly Farkas fest: »Diese schwierige Wirtschaftslage müssen wir so regeln, daß wir das Vertrauen des Volkes bewahren [...]. Den Genossen ist bekannt, daß vor Juni des vergangenen Jahres im Verhältnis der Partei zu den Massen eine ernste Krise entstanden war [...]. Wenn die Arbeiterklasse – und auch die werktätigen Bauern – jetzt merken, daß die Politik des neuen Kurses den bereits erreichten Lebensstandard senkt und die Lebenshaltung verschlechtert, wird das Vertrauen in die Politik des neuen Kurses unserer Partei erschüttert.« Farkas war mit Gerös Auffassung, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die Hebung des Lebensstandards verursacht worden seien, nicht einverstanden. Er war im Gegenteil überzeugt davon, daß die politische Krise nur durch die Hebung des Lebensstandards schnell zu beseitigen sei. Schließlich warf Farkas Gerő vor, daß er die Landwirtschaftsfrage in den Hintergrund dränge. Auch Zoltan Vas, Jozsef Bognar, Andras Hegedüs und Lajos Acs zeigten eine kritische Haltung gegenüber Gerő.

<sup>32</sup> Barla Szabo, *Gazdasagpolitika*, a.a.O., S. 37.

<sup>33</sup> MOL 276, f. 53, 191, ö.e.



Nach dieser Vorgeschichte wurde am 15. September 1954 in der Sitzung des Politischen Ausschusses der Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses über den Stand der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes für 1955 auf die Tagesordnung gesetzt.<sup>34</sup> In dieser Sitzung siegte mit Unterstützung von Mihaly Farkas, Andras Hegedüs, Lajos Acs und Janos Matolcsi das Konzept von Imre Nagy vollständig. Imre Nagy bedauerte, daß an der Beratung dieser Frage von entscheidender Wichtigkeit Ernö Gerö – aus gesundheitlichen Gründen – nicht teilnehmen konnte. Er meinte, daß »es notwendig ist, an unserer Wirtschaftspolitik Kritik zu üben«. Nach seiner Meinung verschlechterte sich die Lage im Vergleich zum Vorjahresstand. Die Ursache dafür sah er darin, daß man den Beschluß vom Juni 1953 nicht durchgeführt habe. »Ich bin der Auffassung, und darin bin ich mit Genossen Friss einer Meinung, daß es in unserer Wirtschaftspolitik zwei Konzepte gibt [...]. Was ist die Konzeption, die uns davon abhält, unter Einsatz der ganzen Kraft unsere Arbeit zu erledigen? Das ist die Behauptung, daß wir »das Land des Eisens und des Stahls« seien [...]. Wir konnten diese Auffassung weder mit dem Junibeschuß noch auf dem Kongreß zerschlagen. Das ist ein Irrlicht, wir rennen hinterher und können es nicht erreichen. Wir müssen dieses Konzept aufgeben, sonst kann das Konzept des Junibeschlusses nicht zur Geltung kommen.« Die beiden zentralen Fragen des neuen Konzeptes seien die Umstellung der Industrie auf die Produktion von Konsumgütern bzw. auf die optimale Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. Imre Nagy betonte, daß alles andere einen Bruch in der Politik der MDP bedeute und eine solche Wende weder bei Partei noch Regierung tragfähig sei. »Ohne die weitgehende Hilfe und die Mobilisierung der Massen finden wir keinen Ausweg. Es ist einer der großen Fehler der Empfehlungen, daß sie die Massen nicht nur ausschalten, sondern auch nach Lösungen suchen, die uns gegen die Massen stellen würden. Gegen die Massen der Werktätigen und ohne sie finden wir keinen Ausweg. *Ich lehne jeden Ausweg auf Kosten der werktätigen Massen ab.*«<sup>35</sup>

Ein weiterer Einwand Imre Nagys gegen die übertriebene Industrialisierung, gegen die Konzeption vom »Land des Eisens und des Stahls« war, daß sie die ungarische Wirtschaftspolitik nicht auf der Basis der eigenen Ressourcen aufbaute. »*Es ist eine unmögliche Sache, daß wir den Sozialismus in Ungarn auf den Wirtschaftsressourcen der Sowjetunion aufbauen sollten.*«<sup>36</sup> Zum Schluß stellte Imre Nagy unzweideutig fest: »Indem wir die bäuerliche Produktion und den Bauern als Wirtschaftskraft positiver beurteilen, begehen wir noch keinen Fehler [...]. Wir müssen bei den Bauern das materielle Interesse an der Produktion heben [...]. Das ist die Voraussetzung zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft. Diese Wirtschaftspolitik wird uns weder von der Arbeiterschaft noch von den Bauern entfremden, alle anderen Auswege entfremden uns aber von beiden.«

<sup>34</sup> MOL 276, f. 53, 194, ö.e.

<sup>35</sup> Hervorgehoben durch Gy.T.V.

<sup>36</sup> Hervorgehoben durch Gy.T.V.

Der Beschluß des Politischen Ausschusses in dieser Sitzung gab, mit Rakosis Unterschrift beglaubigt und mit seinen eigenhändigen Korrekturen versehen, den Standpunkt von Imre Nagy wieder. Die Zentrale Leitung befürwortete – wie gewöhnlich – in ihrer Sitzung vom 1. bis 3. Oktober 1954 den Beschluß des Politischen Ausschusses.<sup>37</sup> Und da zwischen zwei Parteitagen die Zentrale Leitung das oberste Forum der MDP war, bekam damit das Konzept von Imre Nagy den Rang des offiziellen Standpunktes der Partei. Der Politische Ausschuß entschied am 6. Oktober 1954, den Beschluß der Zentralen Leitung am 24. Oktober, einem Sonntag, zu veröffentlichen.<sup>38</sup> Das Sekretariat änderte diese Entscheidung am 18. Oktober.<sup>39</sup> Wegen des Kongresses der Patriotischen Volksfront sollte der Beschluß schon am 22. Oktober veröffentlicht werden und ein Leitartikel der Parteizeitung »*Szabad Nep*« am gleichen Tag seine Bedeutung würdigen. Schließlich erschien der von Imre Nagy verfaßte Leitartikel unter dem Titel »Nach der Sitzung der Zentralen Leitung« am 20. Oktober in der Parteizeitung, und entsprechend dem Beschluß der Zentralen Leitung begann damit die offene Bekämpfung jener Politik, die die Verwirklichung des Regierungsprogramms verhindert und die Parteimitglieder in Unmündigkeit gehalten hatte.

Es sei hier wenigstens darauf hingewiesen, daß um die erneuerte Patriotische Volksfront<sup>40</sup> ebenfalls ein heftiger politischer Kampf entbrannte. Dabei ging es um die Frage, ob die kommunistische Partei Bereitschaft zeige, die Macht zu teilen, und ob die Aufhebung ihres Machtprivilegs gleichzeitig auch die Keime eines Mehrparteiensystems in sich tragen würde. In der bereits erwähnten Sitzung des Politischen Ausschusses am 28. Juli 1954 berichtete Rakosi, daß es nach Meinung von Antal Apro richtig wäre, aus der alten Unabhängigkeitsfront der Nachkriegszeit diejenigen Parteien, die in der Bevölkerung noch verwurzelt seien, in die Patriotische Volksfront zu integrieren. Er referierte ebenfalls den Standpunkt Imre Nagys, daß sich die kommunistische Partei als Organisation an dieser neuen Volksfront nicht beteiligen sollte. Demgegenüber vertrat Gerö die Auffassung: »Ich bin weiterhin fest davon überzeugt, daß sich die Parteien nicht daran beteiligen sollten. Die MDP sollte sich aber beteiligen, weil sonst der Einfluß der Partei, vor allem in den Dörfern, sinken würde.« In dieser Frage konnte Imre Nagy seinen Standpunkt nicht durchsetzen. Auf der Gründungsversammlung der Patriotischen Volksfront am 24. Oktober 1954 hielt Imre Nagy entsprechend der Entscheidung des Politischen Ausschusses vom 8. September eine Ansprache.<sup>41</sup> Diese Rede wurde später als nationalistisch gebrandmarkt, und hinsichtlich der Bestimmung der Aufgaben der Volksfront behauptete man, er hätte mit dieser Rede die Partei aus ihrer führenden Rolle hinausdrängen wollen.

<sup>37</sup> MOL 276, f. 52, 27, ö.e.

<sup>38</sup> MOL 276, f. 53, 197, ö.e.

<sup>39</sup> MOL 276, f. 54, 339, ö.e.

<sup>40</sup> Über die Benennung entschied die Sitzung des Politischen Ausschusses am 4. August 1954. Vgl. MOL 276, f. 53, 188, ö.e.

<sup>41</sup> MOL 276, f. 53, 193., ö.e.

Seit Oktober 1954 belebte sich auch das öffentliche Leben, vor allem durch die Tätigkeit von Journalisten und Schriftstellern. Eine außerordentlich große Rolle spielte die Mitgliederversammlung der Parteiorganisation der Redaktion der Parteizeitung *Szabad Nep* vom 22. bis zum 25. Oktober. Die Redner begrüßten ausnahmslos den Beschluß der Zentralen Leitung vom Oktober, verurteilten den »Widerstand« gegen den Beschluß vom Juni 1953, befürworteten personelle Konsequenzen und forderten eine offene und ehrliche Politik. Im Anschluß an Tibor Meray betonten auch andere Redner die Notwendigkeit eines »reinigenden Sturms«. Endre Kövesi stellte fest: »Die Presse kann ein von staatlichen Organen unabhängiges Gewissen der Gesellschaft sein, das kontrolliert, ob die Macht nicht mißbraucht wird.« Tibor Dery stellte in seinem in der *Irodalmi Ujsag* (Literaturzeitung, Organ des Schriftstellerverbandes) vom 23. Oktober 1954 veröffentlichten Offenen Brief fest, daß die alte Wirtschaftspolitik den Menschen und die Gesellschaft nicht berücksichtigt habe, von jetzt an aber »immer und überall« der Mensch im Mittelpunkt stehen sollte. Die Versammlungen der Parteimitglieder und Parteimitglieder des Schriftstellerverbandes und der Zeitungsredakteure im Oktober und November stellten die Bekämpfung der »linken Abweichung« in den Mittelpunkt. Weiterhin tauchte die Forderung auf, die Jugendorganisation der Partei, den Verband der Werktätigen Jugend (DISz), unter die Leitung der Volksfront zu stellen und vollständig umzuorganisieren.<sup>42</sup>

In der Fachliteratur wird allgemein angenommen, Matyas Rakosi sei unmittelbar nach der Sitzung der Zentralen Leitung vom 1. bis 3. Oktober 1954 auf Urlaub bzw. Krankenurlaub in die Sowjetunion gefahren und von dort erst Ende November nach Budapest zurückgekehrt. Allerdings nahm Rakosi an den Sitzungen des Sekretariats am 4. Oktober und des Politischen Ausschusses am 6. Oktober noch teil, es ist deshalb berechtigt, auch für die Zeit danach seine ständige Abwesenheit in Zweifel zu ziehen. Janos Kadar schickte am 11. November einen handschriftlichen Brief an Rakosi mit dem Vermerk: »Genossen Rakosi zu eigenen Händen!« Der Brief beginnt folgendermaßen: »Lieber Genosse Rakosi! Hoffentlich hast Du Dich während Deines Urlaubs gut erholt und erhältst meinen Brief bei guter Gesundheit.«<sup>43</sup> Eine Untersuchung dieser Frage wäre unbedingt notwendig.

Wesentlich ist jedoch, daß es Rakosi während seines Moskauer Aufenthaltes gelang, die sowjetischen Führer von der Gefährlichkeit der Politik Imre Nagys zu überzeugen. Auf der Sitzung des Politischen Ausschusses am 1. Dezember 1954 begann Rakosi einen Frontalangriff gegen die politischen Ansichten von Imre Nagy.<sup>44</sup> Er erklärte: »Für uns besitzt eine nationale Einheit, die von einem Teil der Bauern nur deshalb unterstützt wird, weil sie glauben, daß wir die Genossenschaften nicht entwickeln werden, den Sozia-

<sup>42</sup> Darüber ausführlicher – wenn auch in systemtreuer Beleuchtung – Szabo, Balint: Az »ötvenes évek«. Elmelet es politika a szocialista epites első idöszakaban Magyarorszagon 1948-1957 [Die »fünfziger Jahre«. Theorie und Politik in der ersten Periode des sozialistischen Aufbaus in Ungarn 1948-1957], Budapest 1986, S. 235-242.

<sup>43</sup> MOL 276, f. 65, 44, ö.e.

<sup>44</sup> MOL 276, f. 53, 206, ö.e.

lismus auf dem Dorf nicht aufbauen werden, nicht viel Wert.« Er lehnte die Ansicht Imre Nagys ab, daß man die linken ebenso wie die rechten Abweichungen bekämpfen sollte, da seiner Ansicht nach in der Verbreitung rechter Ansichten die größere Gefahr etwa darin läge, »von der Volksfront einen nationalen Kommunismus [zu] erwarten«. »Aus Moskau rief ich unentwegt bei den Genossen an, damit sie gegen diese schädlichen Ansichten auftreten.« Man solle sofort, noch am selben Abend, die Offensive gegen die rechten Ansichten beginnen. Das entscheidende, ihn am meisten entlarvende Argument in seiner Rede lautete: »[...] ich möchte nicht, daß ich noch einmal mit dem berechtigten Vorwurf konfrontiert werde, daß ich mich nicht gegen diesen falschen Standpunkt gestellt habe [...]. Deshalb schlage ich vor, daß wir zur Klärung dieser Fragen – wie ich es auch den sowjetischen Genossen vorschlug, und sie waren damit einverstanden – einen Ausschuß bilden, der diese Punkte in einem Beschluß zusammenfaßt.« Der Politische Ausschuß beauftragte einen aus Matyas Rakosi, Imre Nagy und Lajos Acs bestehenden Ausschuß mit der Aufgabe, eine Beschlußvorlage zu erarbeiten. Imre Nagy beteiligte sich jedoch nicht an der Arbeit des Ausschusses.

In der Sitzung des Politischen Ausschusses übte Imre Nagy zwar Selbstkritik, er verteidigte sich aber auch hartnäckig. Dieselben Mitglieder des Ausschusses, die ihn Mitte September und Anfang Oktober noch einstimmig unterstützt hatten, wendeten sich nun gegen ihn und stellten sich hinter Rakosi. Dieser einseitige Kampf setzte sich in der Sitzung des Politischen Ausschusses am 9. Dezember fort.<sup>45</sup> Imre Nagy stellte fest: »[...] wieder versuchen wir, die Fehler zu vertuschen, die das Land an den Rand einer Katastrophe brachten und in eine Lage, aus der wir nur sehr schwer herauskommen können. Die Schuld für diese Schwierigkeiten versuchen Sie, der Politik vom Juni, der Politik des neuen Kurses anzulasten. Damit bin ich nicht einverstanden. Wenn ich allein stehe, stehe ich allein, aber dies bedeutet noch nicht, daß ich unrecht habe. Ich kann es nicht zulassen, daß der Politik der Partei eine solche Wende gegeben wird. Und das nur deshalb, damit wir diejenigen retten, die das Land in eine katastrophale Lage gebracht haben und die eine schwere Verantwortung tragen, von der wir nicht reden wollen [...]. Dies ist eine einschneidende Kehrtwendung von der neuen Politik zur alten.« Imre Nagy war auch damit nicht einverstanden, daß die Grundsatzfragen der ungarischen Partei mit den »sowjetischen Genossen« diskutiert werden. Rakosi setzte sich mit solchen Kleinigkeiten nicht auseinander. Zuerst erklärte er: »In den strittigen Fragen *bitten wir* um die Hilfe der sowjetischen Genossen«, danach jedoch behauptete er: »Die sowjetischen Genossen boten ihre Hilfe an, *sie baten*, daß wir eine Delegation zu ihnen schicken.«

Der Politische Ausschuß lehnte Imre Nagys Antrag ab, die strittigen Fragen anstatt mit den sowjetischen Führern zunächst doch in der Zentralen Leitung zu besprechen, und beauftragte einen aus Farkas, Acs und Szalai zusammengesetzten Ausschuß, den Beschlußentwurf zu überarbeiten und in der nächsten Sitzung des Politischen Ausschusses vorzulegen. Gegen dieses

<sup>45</sup> MOL 276, f. 53, 208, ö.e.

Dokument, das in der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 15. Dezember vorgelegt wurde, protestierte der erkrankte Imre Nagy in einem Brief.<sup>46</sup> Am 1. Dezember schrieb Rakosi einen Brief an Chruschtschow, in dem er im Zusammenhang mit der in der ungarischen Partei entstandenen Lage um die Hilfe des Präsidiums der KPdSU bat und die Namen der Mitglieder der in die Sowjetunion zu entsendenden Delegation – Imre Nagy, Lajos Acs, Bela Szalai und Matyas Rakosi – nannte.<sup>47</sup>

Am 8. Januar 1955 fand in Moskau die Konsultation statt.<sup>48</sup> In dem überlieferten Bericht sind die ungarischen Stellungnahmen nicht aufgezeichnet. Die sowjetischen Führer – Woroschilow, Molotow, Kaganowitsch, Malenkow, Bulganin, Mikojan und Chruschtschow – verurteilten ohne Ausnahme die Ansichten und die »Linie« von Imre Nagy und sprachen sich eindeutig für Rakosi aus. Nach ihrer Ansicht sei die rechte Gefahr in Ungarn sehr groß, hauptsächlich wegen der parteifeindlichen Ansichten und des parteifeindlichen Verhaltens von Imre Nagy. Sie warfen ihm auch vor, in der Bauernfrage, in der Frage der Volksfront und der Industrialisierung falsche Ansichten zu vertreten. Völlig falsch sei die Ansicht Nagys, daß die Grundlage des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern im Warenaustausch zwischen Stadt und Land zu sehen sei. Im Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern sollte man vielmehr immer die führende Rolle der Arbeiterklasse berücksichtigen. Die Losung »Bereichert Euch!« sei die Losung Bucharins gewesen. Imre Nagy würde Ansichten aufgreifen, die in der Sowjetunion überwunden worden sind. Die sowjetischen Parteiführer betonten, daß es falsch und sogar gefährlich sei, die Industrie zu vernachlässigen. Einstimmig waren sie der Ansicht, daß Imre Nagy Selbstkritik üben müsse. Oder wie Chruschtschow es ausdrückte, sie würden ihn bei der Korrektur seiner Fehler unterstützen.

Die Mitglieder der ungarischen Delegation verfaßten noch am Tag der Beratung einen Beschlußantrag und versahen ihn mit ihrem Signum. Er hielt fest, daß der Politische Ausschuß der Zentralen Leitung der MDP der geäußerten Kritik und den Empfehlungen bezüglich der Politik der MDP zustimme und dementsprechend seinen Beschluß vom 15. Dezember ändern und ergänzen werde.

In der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 13. Januar 1955 besprach man den Bericht der Parteidelegation über die Reise nach Moskau.<sup>49</sup> Die Redner griffen im Lauf der Diskussion – jetzt bereits mit dem Einverständnis Moskaus – in grober Weise Imre Nagy an. Nagy grenzte sich vom ersten Satz des Beschlusses des Politischen Ausschusses vom 8. Januar ab, in dem Zu-

<sup>46</sup> Varga, György T.: Nagy Imre politikai levelei [Die politischen Briefe von Imre Nagy]. In: Uj Forum 4/1989.

<sup>47</sup> MOL 276, f. 65, 114, ö.e.

<sup>48</sup> Bela Szalai's Aufzeichnung über die Beratung veröffentlichten Rainer, Janos M. und Urban, Karoly in: Multunk 2/1992.

<sup>49</sup> Das Protokoll der Diskussion des Tagesordnungspunktes veröffentlichte György T. Varga im Sammelband: Jalta es Szeuez között. 1956 a világpolitikában [Zwischen Jalta und Suez. Das Jahr 1956 in der Weltpolitik], Budapest 1989, S. 41-86.

stimmung zu der Kritik und den Empfehlungen zum Ausdruck gebracht wurde, da »es dort auch Fragen gab, die entweder aufgrund von Fehlinformationen oder aus anderem Grund unberechtigt aufgetaucht sind«. Auf diese Fragen hatte er zum Teil bereits während der Konsultation mit den sowjetischen Führern reagiert. Zum Teil entdeckte er aber im Protokoll Feststellungen, mit denen er nicht einverstanden war. Es war nicht nur ungewöhnlich, sondern auch erschütternd, was Imre Nagy über den Ton der Kritik der sowjetischen Führer sagte: »Ich werde in diesem Jahr 60 Jahre alt und bin seit 37 Jahren Mitglied der Partei. Ich nahm an vielen Diskussionen und Kämpfen teil, aber was mir jetzt widerfuhr, habe ich noch nicht erlebt. Eine parteiliche Kritik kann ich ertragen, aber den erniedrigenden und beleidigenden Ton, in dem diese Kritik geäußert wurde, kann ich, Genossen, nicht hinnehmen.« Nagy wies außerdem entschieden die Feststellung Chruschtschows zurück, daß man auch Sinowjew und Rykow gegenüber hart aufgetreten war, obwohl diese auf ähnliche Verdienste zurückschauen konnten wie Imre Nagy. »Jedem ist es sehr wohl bekannt, daß Sinowjew und Rykow erschossen wurden. Wenn das das harte Auftreten ist, verdient es Aufmerksamkeit, denn auf diese Weise kann man nicht miteinander reden. Ich kann darin auch keinen Sinn erkennen. Wenn dies aber eine Drohung sein sollte, muß man so etwas – obwohl ich keine Angst vor Drohungen habe – zurückweisen.«

Imre Nagy betonte wiederholt, daß er bereit sei, die Fehler zu analysieren und zu korrigieren. Aber er fügte entgegen der starren Regeln des stalinistischen Rituals auch hinzu: »Es wird eine sehr ernste Arbeit, wir müssen diese Fragen auf prinzipiell politischer Grundlage klären und nicht in der Form einer formellen Selbstkritik.« Er schloß seinen Beitrag auf der Sitzung mit folgenden Worten: »[...] es ist von verschiedenen theoretischen, wirtschaftlichen und politischen Fehlern die Rede, die man korrigieren muß. Jedoch ist dazu eine sehr ernste und große Arbeit notwendig, die ich mit Hilfe der Genossen und auf der Grundlage der heutigen Diskussion auch verrichten werde.«

Umsonst versprach Imre Nagy Selbstkritik, umsonst übte er sie auch. Für Rakosi war sie sowieso unzulänglich, da er Imre Nagy vernichten wollte. Das Wesentliche war der Kampf zwischen zwei unversöhnlichen politischen Konzeptionen, zusätzlich belastet durch den persönlichen Konflikt, Rakosis Angst vor Machtverlust sowie seinen Wunsch nach Rache. Wir müssen Miklos Vasarhelyi recht geben: »Der Gegensatz ist grundlegend. Sein Ursprung ist eine gegensätzliche Sichtweise innerhalb der kommunistischen Bewegung. Eine Folge der verhängnisvollen inneren Zersetzung der Bewegung ist es, daß diese Gegensätze nie auf die Ebene einer klärenden prinzipiellen Diskussion gehoben wurden [...]. Sie versanken schrittweise und unaufhaltsam im Morast der Anklagen, der Brandmarkungen, Verdächtigungen und Verunglimpfungen, und sie führten je nach Situation zu administrativen oder disziplinarischen Verfahren, zu falschen Anklagen, zu Schauprozessen und zur blutigen Dezimierung in den eigenen Reihen. Als Kriterium der Wahrheit zählten nicht Argumente, sondern die momentanen Kräfteverhältnisse.«<sup>50</sup>

<sup>50</sup> Vasarhelyi, *Az elsö*, a.a.O., S. 182.

Im Beschluß der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 13. Januar heißt es: »Wir müssen betonen, daß die Politik der Partei auch in den Jahren vor 1953 grundsätzlich richtig war.« Damit war die am 1. Dezember 1954 begonnene linkssektiererische, stalinistische Kehrtwende vollzogen. Mit der Zerschlagung des ersten ungarischen sozialistischen Reformversuchs begann das Land, unaufhaltsam in die Katastrophe zu treiben.<sup>51</sup>

*Aus dem Ungarischen übersetzt von Dr. Andras Mihalybegyi (Budapest).*

---

<sup>51</sup> Der Beschluß der Tagung der Zentralen Leitung vom 2. bis 4. März 1955 enthielt nichts Neues. Bedeutsam war jedoch, daß dieser Beschluß ohne Verzögerung veröffentlicht wurde. Dadurch wurden die Spannungen in der Gesellschaft wesentlich erhöht und die Radikalisierung der Parteiopposition beschleunigt.